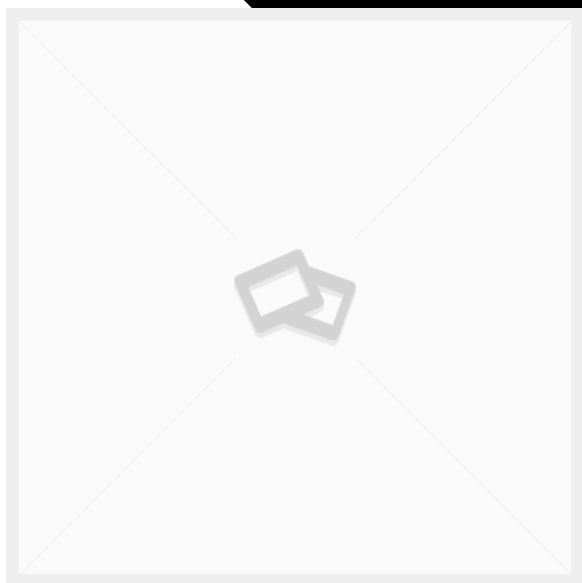


HALBZEITBILANZ DER ABWÄRTSKOALITION

Veröffentlicht am 15. Oktober 2013

Tags: [GroKo](#), [Sachsen-Anhalt](#)



Ein Parlament ohne FDP - welche Auswirkungen das für die Halbzzeitbilanz der schwarz-roten Koalition in Sachsen-Anhalt. Energiekosten, Einschränkung der Bürgerrechte, Erhöhung der Kinderbetreuung, Erhebung einer Abwasserabgabe, Einführung der Grunderwerbsteuer, Gefährdung der Hochwasserabwehr, Kürzung der Kulturförderung, Senkung des Blindengeldes, Kürzung der Jugendförderung - das sind nur einige der Ergebnisse einer Abwärtskoalition.

Bürgerrechte

Die letzten Vorschläge des Innenministeriums zeigen deutlich das Rechtsstaatsverständnis der schwarz-roten Koalition. Die Vorschläge sind noch so verwerflich, dass sie den Vorwurf der Verletzung der Verhältnismäßigkeit der Videoüberwachung rechtfertigen. Die Vorschläge der großräumigen Videoüberwachung zeigen nur jede Verhältnismäßigkeit aus dem Auge, sondern nur die Verletzung der Rechte der Bürger auf Privatsphäre und Sicherheit. Sicherheit und der Schutz des Eigentums sind Aufgaben, die der Staat zu gewährleisten hat. Eine hinreichende Polizeiverstärkung vor Straftaten und Ordnungswidrigkeiten. Eine Verletzung des öffentlichen Raumes ist die falsche Antwort. Die FDP fordert die Regierung, für eine angemessene

Polizeipräsenz zur Unterstützung unserer Polizisten eingesetzt. Wir lehnen es jetzt ab, dass die öffentlichen Äußerungen von einer an koalitionsinternen Streitereien gescheiterten Reform abgelenkt wird.

Finanzpolitik

An Glücksspieler erinnert man sich in der Finanzpolitik. Zunächst setzte man flott darauf, dass die Einnahmen stärker sprudeln würden, als von den Fachleuten prognostiziert. Dann kamen in einem dreistelligen Millionenbetrag. Dann wurde für 2002 ein Finanzplan aufgestellt nach dem Motto „Pudel, was ich nicht nass.“ Statt eines zwischen Regierung und Regierungsparteien vereinbarten Vorgehens beobachten wir nun seit Jahren das Stück: Die Regierungsparteien lehnen Einsparungen, die Fachminister machen Vorschläge, die die Fraktion lehnen diese ab, die SPD früher, die CDU später; aber alle wollen die Einsparvorgaben abzuweichen. Inzwischen wurde eine Ministerin und eine Staatssekretärin warf das Handtuch, weil sie zwar sparen wollten, aber in einem zufälligen und unstrukturierten Prozess. Ob Kultur, Wissenschaft, Schulen, Justizvollzug oder Eingliederungshilfe – die Einsparungen sind stückend, doch es gibt keinen Plan, wie sie erreicht werden sollen. Die CDU und FDP 2002 bis 2006 unter deutlich schlechteren wirtschaftlichen Bedingungen gezeigt, dass sich auch schmerzhaft Entscheidungen annehmen und kommunizieren lassen.

Hochschullandschaft

CDU/SPD haben beschlossen, die Ausgaben für die Hochschulen von etwa 370 Millionen Euro jährlich bis 2025 um 5 Millionen Euro zu reduzieren. Das ist die Summe, die z. B. für die Schulmedizin oder fast für die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ausgegeben wird. Um diese Summe einsparen, sind massive Einschnitte in die Hochschulen nötig, die nicht nur die Qualität, sondern auch den Bestand der Hochschulen gefährden. Erschwert wird dies durch, dass Landtag und Landesregierung Beschlüsse fassen, die sich gegenseitig widersprechen. Wir lehnen diese Kahlköpfe ab. Es ist es, konsequent auf Wissenschaft und Forschung zu setzen, damit die Hochschulen effizienter arbeiten. Für uns steht aber die Exzellenz von Forschung und Lehre im Vordergrund. Gut

ausgebildeten Unternehmen und junge Wissenschaftler können Sachsen-Anhalt verlassen, vor allem, wenn sie sich auch in unserem Bundesland nicht als Familien gründen.

Kulturchaos

Das Land lud 2011 zum Konvent ein Konzept zur zukünftigen Kulturlandschaft Sachsen-Anhalt vor, das sich mit den Ergebnissen auseinanderzusetzen und ein Konzept zu entwickeln, die Ideen des Konvents und die Möglichkeiten des Landes zu klären, wurden z.B. den Theatern in großer Runde und aus herausragenden Vorstellungen des Ministeriums verkündet. Inzwischen soll das Konzept weiterentwickelt werden, aber wie genau, das weiß keiner so wirklich. Wenn der Konvent weitergeführt werden muss und Sachsen-Anhalt gleichzeitig seine Kulturlandschaft erhalten will, bedarf es aber klarer Entscheidungen, welche Theaterlandschaft, welche Gebäude etwa in der Stiftung Schlösser und Dome zu erhalten, welche privatisiert werden kann, welche Verantwortung die Kommunen in ihrer finanziellen Situation tragen können. Und allen Beteiligten muss eine Entscheidung über das Was und Wie bis zum Zeitpunkt 2015 hinreichend Zeit gelassen werden, um etwa persönliche Interessen nicht zu lösen. Liberal ist es nicht, allen vorzumachen, sondern es zu unterstützen und weiterfinanzieren, aber es ist liberal, ehrlich zu sein und zu zeigen und gemeinsam nach konstruktiven Lösungen zu suchen.

Grundschulen

Trotz derzeit steigender Zahlen an Grundschulkindern setzt die SPD bei den Grundschulen den Rotstift. In den vergangenen Versprechen im Wahlkampf, alle Schulen zu erhalten, fast 100 geschlossen werden, indem man mittels Vorkursen die Schülerzahlen verdoppelt, während sie anderswo halbiert werden, um den Raum zu stabilisieren. Wir Liberalen sehen die Grundschule nicht nur eine wichtige Bildungseinrichtung, sondern auch einen Gestaltungsräum für das gesellschaftliche Leben. Deshalb haben wir im Jahr 2012 ein Papier zur wohnortnahen Beschulung erarbeitet, das im März 2013 beschlossen. Diesem Konzept folgt auch die CDU und FDP, die die Schulen im ländlichen Raum erhalten will.

Kinderbetreuung

CDU und SPD wollten ein neues Kinderförderungsgesetz beschließen. Um allen Kindern wie in anderen Bundesländern auch auf eine Betreuung von zehn Stunden täglich zu gewährleisten, stiegen die Kosten des Landes um 54 Millionen. Obwohl das Gesetz, das die CDU/SPD den Weg gebracht hatten, 2005 durch ein Volksbegehren blockiert wurde, obwohl dem Land die finanziellen Mittel zur Finanzierung fehlten, wurde dieses Gesetz beschlossen. Weitere Millionen zahlen die Kommunen. Die Eltern altern mit dem neuen Gesetz in erheblichem Umfang mehr. Für einen KiTa-Platz steigen deutlich, für viele Geringverdienende schnitt ins Familienbudget. Die FDP lehnt dies ab. Die FDP in Sachsen-Anhalt gehörte zu den besten in Deutschland. Eine weitere Ausweitung des Rechtsanspruches war nicht erforderlich. Liberalismus ist unabhängig vom Elternhaus gleichwertige Startchancen in ihr Leben. Es geht nicht, alle Lasten auf die Berufstätigen abzuwälzen und den Rechtsanspruch auszuweiten.

Vergabegesetz

Die Aufgabe eines Vergabegesetzes ist es, dafür zu sorgen, dass Leistungen, die die öffentliche Hand erwirbt, möglichst preisgünstig über den Zuschlag in einem transparenten Verfahren zu bekommen. Korruption soll so vorgebeugt werden. Zu Beginn der Legislaturperiode wurde durch, dass das Vergabegesetz mit bürokratischen Forderungen überfrachtet wurde, die die Kommunen Geld kosten und Verfahren überkompliziert. Die FDP lehnt das ab. Gesetze mit sauberen, klaren Regeln zu überfrachten, führt zu Bürokratie, Intransparenz und Unverständnis bei Bürgern und Unternehmen.

Wassercent

Die FDP hatte die Verantwortung, die vor allem Unternehmen der Lebensmittelindustrie im Jahr verhindert und aufgezeigt, wie entsprechende Haushalte des Landes möglich sind. Kaum fehlte die FDP, die CDU/SPD diese verwaltungsintensive Abgabe, um ein Loch von etwa 11 Millionen Euro zu stopfen.

CDU und SPD wollen das Landesblinden- und Gehörlosengeld in Sachsen-Anhalt um ein Drittel auf ein Drittel des Ausgleiches zu kürzen. Statt der jetzt gezahlten 350 Euro sollen nur noch 116 Euro gezahlt werden, womit Sachsen-Anhalt dann den niedrigsten Satz in der Bundesrepublik darstellt. Im Jahr 2004, als Sachsen-Anhalt die niedrigsten Steuereinnahmen hatte, hat die Landesregierung Millionen neue Schulden aufnehmen musste, hatte das Landesblindengeld auf 350 Euro gesenkt, womit der Satz vor den übrigen Bundesländern und Niedersachsen lag. Damals kritisierte Jens Bullerjahn, der heute als Finanzminister hat er kein Problem damit, trotz hoher Verschuldung selbst zum Rotstift zu greifen.

Jugendpauschale

CDU/SPD planen massive Kürzungen im Bereich der Jugendförderung. Die Jugendpauschale soll 2014 um ein Drittel und das Fachkräfteprogramm um 1/3 gekürzt werden, ab 2015 sollen die Förderprogramme ganz entfallen. Diese Kürzung bedeutet eine massive Entlastung für die Jugendarbeit in den Landkreisen und Kommunen. Die Städte haben sich aufgrund finanzieller Engpässe ganz auf die Jugendarbeit über Jugendpauschale und Fachkräfte verlassen und setzen keine oder kaum noch eigene Gelder ein. Die Jugendarbeit wird dadurch ganz wegfallen.

Eingliederungshilfe

Ambitioniert und unsozial sind auch die CDU und SPD die Ausgaben der Eingliederungshilfe zu reduzieren. Das ist ein Widerspruch. Fraglich ist hier, inwieweit dies in einem Politikbereich ist, der durch Gerichtsurteile normiert wird und sich nicht der Willkür der Regierung entzieht. Problematisch wird es, wenn die eingesparten Mittel an anderer Stelle im Sozialhaushalt gespart werden müssen. Das bedeutet das Ende jeder freiwilligen Leistung.

Vetternwirtschaft

Darüber hinaus werden die Stellen gerne zur Versorgung von Parteifreunden genutzt. Sachsen-Anhalt schon gewöhnt. In dieser Legislatur hat die CDU die deutschen Verhältnisse ungewöhnliche Ausmaße

angenommen. Die ersten Besetzung des Stasibeauftragten über die Besetzung des Landesamtes für politische Bildung, die Gründung einer Landeszentrale für politische Bildung, offensichtlich zur Versorgung des ehemaligen Abgeordneten mit einem Vizeposten im Landesverwaltungsamt, der dafür eigens zu einem Ministerialrat ernannt werden musste, über den Vorwurf der Vorteilsgewährung an Klaus Hübener bis hin zum Untersuchungsausschuss Dessau. Allein bei Ex-Staatssekretär Geue finden sich Beispiele, die die Kfz-Nutzung im eigenen Interesse neu zu regeln, den eigenen Dienstfahrten als Dienstfahrten deklariert zu haben und beim Wechsel von Steinbrück die für ihn günstigste - und das Land teuerste - Besetzung zu erhalten. Auf der anderen Seite wird mit dem eigenen Personal umgegangen. So wurden zu Beginn der Legislatur – ohne Regierungswechsel – mehrere in den Ruhestand geschickt, es folgten Stadelmann, Geue, ... das passt nicht zur Notwendigkeit, mit den öffentlichen Geldern umzugehen.

Untersuchungsausschüsse

Derzeit werden aus dem parlamentarischen Raum die Untersuchungsausschüsse im Raum Dessau seien Fördermittel an Zuwendungen ... worden und als Gegenleistung habe es Spenden an die ... geben. Ein anderer Untersuchungsausschuss wird sich ... lassen, ob die Aufsicht über die IBG einerseits Insider ... und andererseits Unternehmen ungerechtfertigt bevorzugen. Untersuchungsausschüsse richten sich mehr oder weniger direkt gegen ... , der in der entsprechenden Zeit Wirtschaft ...